ich-bin-sauarm-Preis: **€0,50**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **€1**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **€100**

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 18



www.onesolutionrevolution.de

Mobilize

Samstag, 3. Juni, 22 Uhr
„Zusammen kämpfen! Zusammen tanzen!“ Solikonzert fürs Café Rojo mit Juanimashi (Latinska) und MC Rocking Rockslye (Hiphop)
in der Roten Insel, Mansteinstraße 10, S+U-Bhf Yorckstraße – Revolutionssteuer: 2 Euro

Samstag, 17. Juni
Demo gegen die Anwaltskanzlei des Neonazi-Anwalts Wolfram Nahrath in Weißensee
15 Uhr, S-Bhf Greifswalder Straße, Berlin

Freitag, 14. Juli
Bush-Besuch in Stralsund (Meckpomm)

15.-17. Juli
G8-Gipfel in Leningrad („St. Petersburg“)

31. Juli - 4. August
REVOCAMP in Tschechien – nähere Infos demnächst auf ☛ www.onesolutionrevolution.de

weitere Termine für Berlin
☛ stressfaktor.squat.net/termine.php

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg ★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★ Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

09.6.: Sozialabbau
Hartz IV, 1-Euro-Jobs, Studiengebühren, Zwangsumzüge – was können wir dagegen machen?

16.6.: Nepal im Aufruhr
Über die Generalstreiks und die Guerilla-Aktionen, die den König zum Rückzug gezwungen haben

23.6.: Israel/Palästina
Mauern, Hunger und drohender Bürgerkrieg in Palästina – wie die Linke in Israel dagegen kämpft

30.6.: Smash the G8!
Infos zu den kommenden G8-Gipfeln (Leningrad 2006 & Heiligendamm 2007)

powered by: **REVOLUTION** und **[‘solid]36**

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Rechtzeitig für den heißen Sommer gibt es eine neue Ausgabe von REVOLUTION.

Mit so vielen Protestmöglichkeiten könnte der Klassenkampf im Sommer wirklich heiß werden: Bush-Besuch in Stralsund, den G8-Gipfel in St. Petersburg, Studentenproteste gegen Studiengebühren, Massenproteste gegen Sozialabbau usw.

Und in der ersten Augustwoche findet in Tschechien das REVOCAMP statt, wo die Revo-Gruppen aus verschiedenen Ländern zusammenkommen für eine Woche Diskussionen und Spaß. Komm mit!

Berlin, den 29. Mai 2006

Liebe Revo...

Antifa-Demo in Göttingen

Am 13. Mai fand in Göttingen eine Nazikundgebung von der NPD und den „freie Nationalisten“ statt. Circa 200 Neonazis nahmen daran teil. Sie hatten ursprünglich einen Aufmarsch geplant, das wurde aber von der Stadt untersagt, weil sie Chaos befürchtet hat. Die letzten Nazidemos in Göttingen konnten durch Massenproteste und brennende Barrikaden verhindert werden.

Natürlich gab es eine Gegendemo, zu der 5.000 bis 8.000 Demonstranten, inklusive mir, kamen. Die Demo verlief friedlich, bis auf eine Rangelei an einem Straßencafé mit entsprechender Reaktion der Polizei. Dies konnten sich die Damen und Herren in grün auch erlauben, da sie mit mehr aus 7.000 Mann aus zwölf Bundesländern und militärischer Ausrüstung, wie z.B. Wasserwerfern, vor Ort waren.

Neben hoher Polizeipräsenz gab es auch viele Kontrollen mit Beschlagnahmungen. Mir und vielen um mich herum wurden Tücher jeglicher Art, Mützen, Handschuhe und Sonnenbrillen abgenommen. Zum Teil bekam ich auf die Frage, warum Tücher beschlagnahmt werden, die lächerliche Begründung, dass es ja an dem Tag warm genug sei!

Und so dachte ich, nach der Abschlussrede, geht die Demo für mich und meine Kumpels ohne Schäden, außer den beschlagnahmten Sachen, zu Ende. Da habe ich mich leider geirrt. Weil Nazis bekanntlich nicht die Intelligenz mit Löffeln gefressen haben, haben sie den falschen Zug genommen. Der Zug, den sie genommen haben, war der Zug, den ich auch genommen hatte. So kam es noch zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen den Glatzen und meinem Kumpel, bis sie dann von der Bahn-Security und der Polizei aus dem Zug gedrängt wurden.

Die Antifa-Demo in Göttingen hat also bewiesen, dass Göttingen links ist und bleibt!

von Gushi aus Wolfsburg

Knastzeitung verboten

Eine lose Gruppe von SchülerInnen hat an der Schiller-Oberschule in Berlin-Charlottenburg spontan eine neue Schülerzeitung herausgebracht. Zwei oder drei Jahre nach Einstellung der letzten Schülerzeitung soll so wieder etwas Bewegung in die obrigkeitshörige, etwas fatalistische Schülerschaft gebracht werden und ihr ein Mittel zur Hand gegeben werden, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Durch die Schülerzeitung, die offenes Forum sein soll für alle SchülerInnen, kann so auch die Wechselwirkung zwischen der inaktiven Schülervertretung und der „Basis“ verstärkt, bzw. überhaupt zustandegebracht werden.

Sowohl der Name „KNASTZEITUNG“, als auch das den Direktor persiflierende Titelbild, vor allem aber der Fakt, dass die Schülerzeitung ohne Wissen und Kontrolle der Schulleitung entstanden ist, führten dazu, dass hektisch alle KlassenleiterInnen angewiesen wurden ihren Klassen mitzuteilen dass es eine neue, verbotene Schülerzeitung gäbe – wohl die beste PR, die mensch sich vorstellen kann! Einige Lehrer haben jetzt die Initiative ergriffen eine „Schulzeitung“ herauszubringen.

Knastzeitung dir deine Meinung!

von Aimo aus Berlin



der Direktor der Schiller-Oberschule

Blöd?

Ich habe bei eurer Zeitung (Nr. 17) die „Blöd“-Seite nicht ganz verstanden. Nicht, dass der Artikel schlecht war oder so, aber warum war er denn nicht „blöd“, sondern genauso fortschrittlich wie alle anderen auch?

von Roman aus Berlin

AW: Blöd?

Sehr geehrter Herr Leser!

Zuvorderst herzlichen Dank für Ihr besonders aufmerksames Auge. Sehr richtig haben Sie erkannt, dass der Artikel keineswegs die politischen Überzeugungen der Reaktion-Redaktion widerspiegelt. Seien Sie versichert, dass der Mitarbeiterstab nun von allen freiheitsfeindlichen bolschewistischen Elementen restlos gereinigt ist.

Mit freundlichen Grüßen, BLÖD-Redaktion

SchülerInitiative für Politik

Wir, die SchülerInitiative für Politik, wollen uns mal vorstellen. Unsere Initiative besteht aus bis zu 20 Aktiven, die alle SchülerInnen aus den Bezirken Tempelhof, Steglitz und Schöneberg sind.

Wir sind fast alle in anderen politischen Gruppen aktiv, haben uns jedoch auf lokaer Ebene trotz politischer Unterschiede (Antideutsch vs. Antiimp, Anarchos vs. Kommis), zusammengetan, um gemeinsam und mit vielfältigem Hintergrund Bildungsarbeit in unseren Bezirken zu betreiben. Diese besteht zum größten Teil aus Informationsveranstaltungen mit ReferrentInnen aus Flüchlingsorganisationen, Filmen zu Themen wie Sozialabbau und prekären Arbeitsverhältnissen oder ähnlich relevanten Themen, die in der Schule und den Medien viel zu wenig thematisiert werden.

Unser Ziel ist es, durch diese Arbeit Jugendliche an unseren Schulen, aus unserer Gegend und von anderswo zu sensibilisieren, sprich: sie auf Probleme aufmerksam zu machen, die ihnen mitunter nicht bewusst waren. Dies soll jedoch nicht wie in der Schule im klassischen SchülerIn-LehrerIn Verhältnis, sondern in freier Form von sich gehen. Wir bieten also nicht nur Wissen oder Fakten zu bestimmten Themen, sondern viel mehr Denkanstöße, um selbst aktiv zu werden.

Domai von der Schüler-Ini (schuelerini@googlemail.com)

Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@onesolutionrevolution.de

Die Rote Karte

Merkels Mannschaft landet viele Treffer für die Herrschenden, aber begeht viele Fouls...

Die Medien kennen seit Monaten nur noch Themen wie „Wer wird Fußball-Weltmeister" oder „Wie geht es Ballacks rechtem Knie?". Das führt nicht nur dazu, dass aus den Fenstern immer mehr penetrante Deutschland-Fahnen hängen, sondern auch dazu, dass nur noch über die Angriffe geredet wird, die zu Toren führen und nicht mehr über jene Angriffe, die Sozialabbau, Arbeitslosigkeit oder Bildungsklau bedeuten.

Der Generalangriff der unter Rot-Grün begonnen hat, geht auch unter Merkels Großer Koalition weiter; ja, die Angriffe auf soziale Errungenschaften, auf Löhne, Arbeitszeiten usw. werden noch verschärft und im nächsten Jahr sorgt die Erhöhung der Mehrwertsteuer dafür, dass wir noch weniger Geld haben als früher.

Als wenn wir nicht schon genug belastet worden wären durch zwei Jahre weniger Kindergeld, durch die Einführung von offenen oder versteckten Studiengebühren und die immer weitergehende Aufhebung der Lernmittelfreiheit. Auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz können wir auch immer vergeblicher hoffen. Dass sich viele die eigene Wohnung (wenn man nicht sowieso im Elternhaus angekettet wird, weil man ALG-II-Sklave und noch keine 25 ist), den Studienplatz und die Klassenfahrt nicht mehr leisten können, ist klar. Die allbekannte „Schere" zwischen arm und reich öffnet sich weiter – gnadenlos. Auf die leeren Kassen verweisend, werden die einfachen Menschen zur Kasse gebeten, während die großen Konzerne Rekordgewinne erzielen – auch dank massiver Steuervergünstigungen.

Die Krise

Die Angriffe der herrschenden Klasse auf uns sind aber nicht nur Ausdruck einer neoliberalen Politik, sie sind v.a. Ausdruck der tiefen Krise des globalen Kapitalismus, die sich in schärferer Konkurrenz, in einer immer hektischeren Suche nach profitablen Ausbeutungsmöglichkeiten, Absatzmärkten und Ressourcen äußert. Das wiederum erfordert, dass die stärksten kapitalistischen Staaten auch immer mehr zu Sozialabbau und Krieg greifen, um ihre Ziele durchzusetzen und jede Art von Widerstand oder unbotmäßige Regime zu bekämpfen – das nennen sie dann „Krieg gegen den Terror" oder „Verteidigung des Standorts". Das alles ist in Wahrheit das, was „Globalisierung" (oder besser: Imperialismus) genannt wird.

Deutschland und die europäischen Kapitalisten wollen die EU zu einem imperialistischen Block formieren, welcher der Weltmacht USA die Führung streitig machen kann: ökonomisch, politisch, militärisch. Dazu, und um die Profite und die Konkurrenzfähigkeit von Siemens, Daimler, RWE, Peugeot oder anderer Konzerne zu steigern, müssen nicht nur die Kosten der Krise den Lohnabhängigen, den Arbeitslosen, Rentnern und der Jugend aufgehalst werden, vor allem muss die millionenstarke organisierte Gewerkschaftsbewegung geschlagen werden, die als einzige die potenzielle Kampfkraft hat, die Pläne der Bosse und ihrer Regierung zu durchkreuzen.

Die Proteste

Die Bewegung gegen Sozialabbau, mit den verschiedensten Protesten gegen Studiengebühren, HartzIV usw., verzeichnete bisher keine nennenswerten Erfolge. Warum gelang es ihr bisher nicht, die Offensive von Staat und Kapital zu stoppen?



Die Hauptverantwortung dafür liegt in der Tatsache, dass die reformistischen Kräfte in Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die für einen den kapitalistischen Umständen entsprechenden Sozialstaat eintreten, die Arbeiterklasse fest im Griff haben. So, über den „sozialen Frieden" wachend, sorgen sie dafür, dass die Lebensumstände derjenigen, welche die Wirtschaftsmacht quasi in ihren Händen halten, immer miserabler werden.

Die Gewerkschaftsführer unterstützen den aufkommenden Widerstand nur halbherzig, um ihn schließlich zu demobilisieren. Vor allem verhindern sie, die Ausweitung betrieblicher Streiks und das effektivste (Klassen-)Kampfmittel: den Generalstreik. DGB-Chef Sommer oder ver.di-Chef Bsirske haben das nicht einfach vergessen – sie wollen die „Sozialpartnerschaft" nicht in Gefahr bringen; sie wollen den Kapitalismus nicht in Gefahr bringen; sie wollen ihre Privilegien nicht in Gefahr bringen!

Auch in Frankreich waren die reformistischen Gewerkschaften zu keinem Widerstand gegen die Angriffe von oben bereit, dennoch konnten sie durch den öffentlichen Druck, den die Jugend mit ihren Massenprotesten aufgebaut hatte, nicht umhin, dem CPE mit einem Generalstreik den Todesstoß zu versetzen. Das ist hier genauso möglich!



Und jetzt?

Auch am 3.Juni 2006, bei der bundesweiten Demo gegen „Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg" haben die Reformisten wieder ihr Bestes getan: Sie haben nicht zentral zur Demo aufgerufen oder gar mobilisiert, obwohl ver.di-Chef Bsirske, der seinen Mitgliedern einen faulen Kompromiß nach dem anderen (z.B. die Arbeitszeitverlängerung trotz langem, harten Streik) als Erfolg verkaufen will, Hauptredner sein darf.

Doch kein Grund für Pessimismus! Die Gewerkschaftsbürokraten können zwar noch eine größtmögliche Mobilisierung, jedoch nicht unseren lautstarken Protest verhindern – nein, sie sind sogar gezwungen bei uns aufzutreten!

Die Zunehmende Krise des Kapitalismus bringt auch die politischen Helfershelfer des Kapitals wie die SPD-, PDS-, WASG- oder Gewerkschaftsbürokratie in Schwierigkeiten, weil ihr Konzept der Einbindung und Befriedung der Klasse nicht mehr so gut funktioniert.

Während sie auf Frieden hoffen, geht die bürgerliche Klasse unentwegt zum Angriff über und zwingt sie zu immer weitergehenden Zugeständnissen. Mit den reformistischen Führern ginge das immer so weiter...

von Jalava aus Kreuzberg + Peter aus Bernau

Fans* verlieren 0:1

Beim größten Fussball-Ereignis des Jahres bleiben die Fans fast komplett von den Spielen ausgesperrt



Wir schreiben das Jahr 2006! Eigentlich ein Jahr wie jedes andere auch, doch wer ein bischen sportbeigestert ist, wird dieses Jahr in Erinnerung behalten. Es ist das Jahr der Fifa-Fussballweltmeisterschaft und sie findet in deutschen Landen statt. Am besten aber, wir fangen von vorne an:

Als damals, am 6. Juli 2000 der Fifa-Präsident Blatter sagte „And the winner is Deutschland!" sprangen wohl alle Fans in Deutschland vor Freude auf. Fans in einem anderen Land hingegen versanken für Tage in Trauer – die in Südafrika, das Land gegen das sich Deutschland im Schlussspurt durchsetzen konnte.

Der gemeine Fussballfan freute sich unheimlich auf die WM, denn ein solches Großereignis kommt ja bekanntlich nicht alle Tage in sein schönes Ländle!

Hätte der Fan jedoch vorher gewusst, was nun auf ihn zu kam, er hätte sich nicht mehr so sehr gefreut. Das Problem war nicht nur, dass die Eintrittskarten für die WM-Spiele alle für die Elite reserviert waren.

Datenspeicherung

Die folgenden Jahre sollten noch recht ruhig verlaufen. Zwar gab es die Zentrale Informationsanstalt für Sporteinsätze (ZIS) schon seit 1992 und die später entstandene Datei „Gewalttäter Sport"(DGS) seit 1994, doch sie sollten ihre Durchschlagskraft erst noch beweisen. Ab der Bekanntgabe der WM nahmen die Willkür und Schikanen gegenüber Fussballfans nur zu. Bis heute sind in der DGS weit mehr als 10.000 Personen gespeichert. Vor dieser Datei ist man als Fussballfan nicht sicher. Sie soll wahre Fussballgewalttäter erfassen, doch wer etwas genauer hinsieht, sieht in ihr die Datenspeicherung des aktiven Publikums in deutschen Stadien.

So werden Personen in diese Datei aufgenommen, die lediglich als Zeugen ihre Personalien abgaben. Leute, die gar nichts taten, werden mit verhaftet, um sie unter dem Vorwand der Gefahrenvorbeugung erfassen zu können. Will eine dieser Personen dann mit der Familie in den Urlaub fliegen, kann auch schonmal das böse Erwachen kommen und so standen in einem derartigen Fall auch schon einmal drei BGS-Beamte um einen Fan, und baten ihn mit zur Untersuchung zu kommen.

Dies ist nur ein kleiner Einblick in die Repressalien, die Fans auf sich nehmen müssen, oft auch Woche für Woche.

Die WM zog auch die fortschreitende Komerzialisierung mit sich. Vor dem Spiel, in der Halbzeitpause und nach dem Spiel wird der Stadionbesucher von oben bis unten mit Werbung beschallt und nicht selten werden gar die Tore sowie die gelben und roten Karten von Firmen präsentiert. Zusätzlich kreist noch ein kleiner Heißluftballon überm Stadion und vor den Eingangstoren verteilen die Sponsoren Artikel mit ihrem Namen darauf. Achja, Fussball wird auch noch gespielt, aber das ist ja nicht so wichtig.

Vermarktung und Überwachung

Es wird alles vermarktet, was zu vermarkten ist. Das auch die Herren Politik, allen voran Schily und nun auch Schäuble, ihre Vorteile in der WM sahen und diese nicht nur in der Imageaufwertung beschränkt waren, ist klar. So nutzte unser netter Innenminister mit seinen Behörden aus, was es nur gab. Die Aussage eines Polzisten gegenüber eines Fans nach einem „Polizeieingriff" – „Wir proben hier für politische Demonstrationen! Wo sollen wir es denn tun, wenn nicht hier?" – bedarf meines erachtens keiner größeren Ausführungen!

Der Gipfel der Gesetzesänderungen war jedoch erst vor kurzer Zeit erreicht, als die Forderung aufkam, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, da im Extremfall nicht genügend Polizisten bereitstehen würden.

Dies soll aber nur in zweiter Linie die WM sichern. Tatsächlich versucht man damit, das Grundgesetz zu lockern um in Zukunft gegen politische Unruhen, Demonstrationen und sonstiges „Chaos" vorgehen zu können. Doch Fans wie Polit-AktivistInnen kennen die Parole: „Wenn recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!"

Gibt es dagegen Widerstand?

Ja, auch Fussballfans wissen sich zu wehren! So schlossen sich Bündnisse wie „Profans" und "B.A.F.F." zusammen, um gegen Stadionverbote, sonstige Willkür und auch Komerzialisierung vorzugehen. Es werden regelmäßig Aktionsspieltage durchgeführt, an denen in fast jeder Fanszene Plakate, Choreografien und allerlei andere Aktion durchgeführt werden mit Hinblick auf eine Verbesserung der Situation.

Auch gab es bereits Demos. 2002 vor dem DFB-Pokalfinale in Berlin mit ca 3000-4000 Teilnehmern und im Jahr 2005 in Frankfurt am Main mit rund 2000 Teilnehmern vor dem Confederations-Cup-Eröffnungsspiel. Bei beiden Demos waren Teilnehmer aus allen Teilen der Rupublik vertreten – die sonst geltenden Rivalitäten wurden für den Tag bei Seite gelegt. Leider jedoch ist das Echo der Medien bei diesen Demos eher gering. Umso wichtiger, dass Fans während der Fussball-WM gegen die Missstände protestieren!

von Rah aus Stendal

* Fans sind diejenigen unter den Stadionbesuchern, die sich nicht nur das Spiel ansehen wollen, sondern es auch selbst mit gestalten, indem sie für ihren Verein singen und ihn via diverser Mittel nach vorn treiben wollen.

Diejenigen, die ins Stadion gehen, um sich zwei Stunden hinzusetzen und Fussball gucken wollen, sind lediglich Zuschauer.

R∃VO: Offizieller Nicht-Sponsor der Fussball-WM

Sponsoren der Weltmeisterschaft? Nationalismus, Sexismus, Kinderarbeit

„Schwarz und Weiß! Wir stehen auf eurer Seite...". Von allen Seiten schallt uns derzeit die Begeisterung für die Deutsche Nationalmannschaft entgegen. Wie einst bei der „Du bist Deutschland!"-Kampagne kann sich niemand dem nationalen Freudentaumel entziehen. Die Botschaft ist auch wieder die Selbe.

„Wir" sollen 61 Jahre nach Auschwitz endlich wieder stolz sein dürfen auf „unser" Land, auch wenn bei „uns" nicht alles rund läuft und die Deutschen in der Vergangenheit vielleicht etwas Mist gebaut haben, so sind wir heute eine sympathische Nation, die in der Welt nur Freunde hat und sich freut, wenn diese zu Besuch kommen, aber vor allem hier möglichst viel Geld ausgeben. Hier ist auch der entscheidende Paradigmenwechsel im nationalen Propagandaapparat zu erkennen.

Die Spitzen von Politik und Wirtschaft haben in einer Zeit, in der sie nach der ökonomischen und politischen Vorherrschaft in Europa streben, kein Interesse daran im Ausland negative Reaktionen auf ihre innere und äußere Aufrüstung zu kassieren. Da kommt das neue Saubermannimage gerade recht, insbesondere wenn es darum geht sich „besorgt" über das erstarken des Rechtsextremismus vor der Fußball-WM zu zeigen.

Da allen Beteiligten klar zu sein scheint, was ihre neue deutsche Welle für eine gesellschaftliche Atmosphäre schafft, empfehlen einige Bundestagsabgeordnete, wie der SPD Parlamentarier Sebastian Edathy oder Ex-Regierungssprecher Uwe-Carsten Heye, Menschen mit dunklerer Hautfarbe bestimmte Gegenden Ostdeutschlands nicht zu besuchen. Die große Mehrheit der Politiker hingegen (insbesondere die, die für das lokale Image ihres Dorfes, Landkreises oder Bundeslandes verantwortlich sind) schweigen, leugnen oder relativieren.

Es ist besonders dieser verlogene deutsche Freundlichkeitswahn, der für alle unterdrückten sozialen Schichten in diesem Staat gefährlich ist. Die ungelösten bzw. unlösbaren Probleme des deutschen Kapitalismus werden mit einem schwarz-rot-goldenem Mantel bedeckt. Jeder Bundesbürger wird 24 Stunden am Tag über Fernsehen, Radio, Internet und Printerzeugnisse mit oft einfach nur dümmlicher WM-Propaganda eingelullt. Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen, Sozialabbau – alles soll vergessen werden, denn wichtig für dich darf nur noch die Frage sein: Schaffen Klinsi, Ballack und co. die anderen Nationen zu bezwingen und den „Titel nach hause zu hohlen"? War da irgendwas mit ALG II? Das kann dir doch egal sein!

Für die offen faschistische Rechte in Deutschland kommt die WM wie ein Geschenk Odins. Vier Wochen, in denen es nahezu grenzenlos möglich ist, nationalistische und rassistische Propaganda unter die Leute zu bringen und auf einer Welle des kollektiven Deutschseins zu schwimmen.



Kinderarbeit

Die Fifa Fußball WM 2006 ist ein lukratives Geschäft. Besonders für international agierende Großkonzerne, wie die Sportartikelhersteller Adidas und Nike. Während unser eins bis zu 200€ für einen offiziellen WM Ball auf den Tisch blättern muss, lassen die global player ihre Erzeugnisse zu Spottpreisen in armen Entwicklungsländern produzieren.

Ein Beispiel: Im April 2002 veröffentlichte das Hong Kong Christian Industrial Comittee eine Untersuchung, die belegte, dass in zwei Fabriken in der chinesischen Provinz Guandong Schuhe für Adidas unter unmenschlichen Bedingungen hergestellt werden. Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden am Tag, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Nichteinhalten des Lohnnieveaus. Alles illegal, aber nicht ungewöhnlich für China und/oder die Großkonzerne.

Besonders brutal ist die Ausbeutung bei der Produktion von Qualitätsfussbällen, die in Handarbeit hergestellt werden müssen. Hierfür werden in erster Linie kleine Kinder eingesetzt. Der Lohn pro Ball beträgt meist unter 30 Cent. Bei fünf Bällen am Tag reicht der Verdienst längst nicht aus um menschenwürdig zu leben.

Obwohl sich die FIFA 1996 verpflichtet hat, auf die Einhaltung sozialer Mindeststandarts bei der Produktion ihrer Erzeugnisse zu achten, sieht die Realität bei weitem anders aus. Es gibt keine Kontrollinstanzen, die sicherstellen, dass die Bälle, Turnschuhe etc. nur aus „zumutbarer" Arbeit stammen und in einer Welt, in der die Kapitalinteressen im Vordergrund stehen, brauchen wir gar nicht erst zu hoffen, dass eines Tages die Ethik siegt.

Die KinderarbeiterInnen schuften weiter für ein Imperium aus Unternehmern und Verbandsfunktionären, welches laut eigenen Schätzungen der FIFA für diese WM einen Umsatz in Milliardehöhe erwartet.

Sexismus

Eine massenhafte Erscheinung dieses Turniers wird die Zunahme der (Zwangs-)Prostitution sein. Als die BILD-Zeitung noch vor kurzem eine Lawine von Sexcamperinnen auf Berlin zurollen sah, könnte sie tatsächlich einmal die Wahrheit geschrieben haben.

In Anbetracht von vielen hunderttausend Besuchern in Deutschland könnte die Nachfrage rapide ansteigen und in der Folge dessen auch das Angebot. Ein wichtiges Hilfsinstrument für die Zuhälter ist dabei das Ausländerrecht. Zwangsprostituierten Frauen, die oft unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt wurden, droht in den meisten Fällen die Abschiebung in ihre verarmten Heimatländer, aus eben denen sie versucht haben zu flüchten.

Deutschland wird so indirekt zu einem El Dorado des Frauenhandels, da viele verschleppte Frauen sich nicht trauen, ihre Peiniger öffentlich anzuzeigen. Denn oft haben sie selbst, aber auch ihre Familien, mit schlimmeren Strafen zu rechnen, als die mafiösen Strukturen, die für ihr Elend verantwortlich sind.

Für Freier aus den WM-Teilnehmerstaaten ist diese Situation ideal. Wird in den USA beispielsweise Prostitution strafrechtlich und gesellschaftlich hart sanktioniert, können zur WM-Feier in Deutschland Männer mehr oder weniger ungestört „zum Zug kommen".

Für uns zeigt sich hier besonders, dass wir die unterschiedlichen Politikbereiche nicht voneinander lösgelöst betrachten können. Wer etwas gegen Sexismus tun will, muss sich auch für die Rechte MigrantInnen in diesem Land einsetzen. Wer die Kommerzialisierung des Sports ablehnt, muss sich auch für bessere Arbeitsbedingungen in den armen Ländern einsetzen. Wer von den vielen Deutschland-Fahnen angekotzt ist, muss gegen Kapitalismus sein!

von Carsten aus Lichtenberg

Zu Gast im Überwachungsstaat

Sicherheit wird zur Fussballweltmeisterschaft groß geschrieben. Genau das wollen die Organisatoren aus Staat, Fussballverbänden und Konzernen deutlich machen. Damit diese „Sicherheit" beim konsumfördernden, braven und beherrschbaren Fussballspektakel auch für jede und jeden auf Schritt und Tritt spürbar bleibt, wurden zahlreiche repressive Maßnahmen getroffen.

Ganz besonders ausgeweitet wird die Videoüberwachung. Dabei werden Stadien und Übertragungsorte natürlich besonders betroffen sein. Dass dafür schonmal Grundsätze des bürgerlichen Rechts außer Kraft gesetzt werden, scheint dabei niemanden zu stören.

So werden beispielsweise Fussballfans unter Generalverdacht gestellt oder pauschal als prügelnde Hooligans abgestempelt. Durch dieses Bedrohungszenario lässt sich dann viel leichter die neue Qualität der Überwachung – zumindest aus den Augen des Staates – legitimieren. Was uns da für eine neue Qualität erwartet, lässt sich daran erkennen, dass nicht nur einfach gefilmt wird, sondern mittels biometrischer Verfahren auch Personen automatisch identifiziert werden können.

Außerdem wird nicht nur die Polizeipräsens zunehmen, sondern auch die von Angestellten privater Sicherheitsfirmen. Ein Eingreifen der Bundeswehr soll durch eine Grundgesetzänderung ebenfalls möglich werden – im Ernstfall, wann auch immer dieser eintreten mag.

Desweiteren erwartet uns die Ausweisungspflicht. Dies bedeutet im Klartext, dass man jederzeit und ohne konkrete Gründe angehalten und auf seine Personalien kontrolliert werden kann.

Klar wird, besonders mit Blick auf andere WM-Austragungsorte, dass die neuen Kameras natürlich nicht einfach nach der Weltmeisterschaft abgebaut werden, sondern weiter existieren dürften. Ebenso klar dürfte auch sein, dass die neuen Überwachungsmöglichkeiten sich nicht nur auf das Thema Fussball beschränken werden. Ganz im Gegenteil. Durch die jetzt getroffenen repressiven Maßnahmen dürfte es dem Staat in Zukunft noch leichter fallen, vor allem gegen linke Aktivisten vorzugehen.

von Augusto aus Königs Wusterhausen

Cola und Kugeln

„Trink Coca Cola!" Vor allem im Rahmen der Fussball-WM prasselt es auf mich ein. Egal ob beim Einkaufen, im Kino, im Radio – Coke ist Freiheit und gute Laune, Coke ist Spaß, Coke ist Jugend, Coke ist... Mord?

Die 1892 gegründete Coca Cola Company hatte letztes Jahr einen Umsatz von 23,1 Milliarden Dollar und einen Reingewinn von 4,87 Milliarden. Diesen Gewinn haben circa 55.000 MitarbeiterInnen durch ihre täglichen Opfer erarbeitet.

Unter den Coke-MitarbeiterInnen geht es niemandem wirklich gut, aber die in Kolumbien müssen besonders leiden: sieben GewerkschafterInnen bei Coke wurden dort ermodet. Die GewerkschafterInnen und deren Familien müssen Einschüchterungen, Verfolgungen und Entführungen ertragen, die von paramilitärischen Truppen im Auftrag von Coke durchgeführt werden.

Morde in Kolumbien?

Seit Mitte der achtziger Jahre ist die Coca Cola Company dabei, die Beschäftigungsform in ihrer kolumbianischen Niederlassung „Panamco" drastisch umzustrukturieren. Wurde früher noch ein gewöhnlicher Arbeitsvertrag direkt mit den ArbeiterInnen ausgehandelt, so benutzt Coke nun vermehrt Zeitverträge und Subunternehmen. Dies ist für die Firma eine gute Möglichkeit, Kosten zu sparen und dadurch den Profit, der bei „Panamco" in etwa eine halbe Milliarde US-Dollar beträgt, weiter zu steigern.

Den einzigen Widerstand gegen den Abbau der Rechte der ArbeiterInnen boten die Gewerkschaften. Besonders die Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL kämpfte für die Belegschaft. Deshalb begann Coke im Jahre 1986 den offenen Krieg gegen die Gewerkschaften. Es gab massive Repression, vor allem (aber nicht nur) gegen gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen.

Einer der am besten dokumentierten Fälle ist der Mord am Gewerkschafter Isidro Gil am 5. Dezember 1996. Hintergrund der Ermordung war die Verhandlung über einen neuen Tarifvertrag in der Abfüllanlage von Carepa, der spätestens am 5. Dezember ausgehandelt werden musste.

Coke entledigte sich dieses Problems, indem sie Isidro Gil von Paramilitärs mittels eines Kopfschusses an der Toreinfahrt der Anlage hinrichten ließen. Die Firma bestreitet natürlich jegliche Verbindungen zum Vorfall. Doch wie Untersuchungen der Gewerkschaft SINALTRAINAL zeigen, war Firmenleiter Mario Mosquera mindestens ein Mitwisser der Aktion. Er soll 1996 auf einer Feier stark alkoholisiert verkündet haben, dass er sich durch paramilitärische Truppen der Gewerkschaft entledigen wolle.

Wir wissen es alle: Kinder und Besoffene sagen die Wahrheit!

Nachdem Gil ausgeschaltet war, zwangen die Mörder die gesamte Belegschaft dazu, sich am Nachmittag zu versammeln und unverzüglich aus der Gewerkschaft auszutreten.

Seit 1997 bewegen die Paramilitärs sich regelmäßig frei auf dem Betriebsgelände der Abfüllanlage Carepa. Als eine Folge der faktischen Auflösung der Gewerkschaft wurden die Löhne der MitarbeiterInnen auf zwei Drittel des gesetzlichen Mindestlohnes gedrückt, der Kündigungsschutz aufgehoben und die Krankenversicherung abgeschafft.

Damit hatte die Coca Cola Company auch die nächsten Milliardengewinne gesichert. Die Firma wird vermutlich nie zugeben Kontakt zu Paramilitärs gehabt zu haben, doch das kolumbianische Magazin „Cambio", hat zumindest Beweise dafür, dass seit dem 15. August 1998 regelmäßig Treffen zwischen einer Kommission von Panamco und den sogenannten „Paras" gegeben hat.

Entlassungen in Deutschland?

Deutschland gehört zwar nicht zu den Ländern, in denen paramilitärische Gruppen für die Konzerne agieren, doch auch hier hat die Coca Cola Company Mittel und Wege gefunden, die Löhne zu drücken und ihren Profit zu maximieren. So plant die Firma, laut Informationen des ZDF, fast 3.000 Arbeitsplätze, also ein Drittel der gesamten Belegschaft bei den deutschen Abfüllbetrieben, abzubauen. Die Produktion in Köln, Karlsruhe und Osnabrück soll sogar bis zum Ende dieses Jahres stillgelegt werden. Solche Entlassungswellen gibt es natürlich in fast allen Konzernen, weil die Profite durch eine Verschärfung der Ausbeutung gesteigert werden sollen.

In Deutschland beschränkt man sich auf mediale Hetzkampagnen und Absenkungstarifverträge, um die Löhne zu senken; in ärmeren Ländern kann man GewerkschafterInnen offen schikanieren oder sogar ermorden.

Das Ziel kapitalistischer Wirtschaft ist aber überall auf der Welt gleich: die Maximierung der Profite. Die herrschende Klasse muss weltweit gegen die Rechte der ArbeiterInnen vorgehen, um im globalen Konkurrenzkampf nicht zerrieben zu werden. Konzentration und Zentralisierung des Kapitals gehören zu den Grundeigenschaften des kapitalistischen Systems.

Die Fälle bei Coke sind nur ein winziger Teil dessen, was kapitalistische Großunternehmen weltweit ungestraft an Verbrechen begehen.

Wenn man Coke boykottiert, zeigt man Solidarität mit den Opfern des Konzerns. Deshalb haben StudentInnen an mehr als 20 Universitäten in USA und UK bewirkt, dass Coke auf dem Unigelände nicht mehr verkauft wird.

Wenn man das Trinken von Coke vermeidet, wird der Kapitalismus nicht verschwinden. Aber man ersetzt das offizielle Motto „Coke adds life" mit der Wahrheit: „Coke is death!"

von Sceles aus Wolfsburg

www.kolumbienkampagne.de | www.killercoke.org



Forum für eine „andere Welt“

30.000 AktivistInnen beim 4. Europäischen Sozialforum in Athen

Der Geruch von Tränengas hing an einem Samstagabend nach einer Demonstration über der Athener Innenstadt. Rund 50.000 Menschen aus vielen Ländern waren zuvor dem Aufruf des Vierten Europäischen Sozialforums (ESF) zum Protest „gegen Neoliberalismus, Krieg und Rassismus“ gefolgt, und wurden von einem martialischen Polizeiaufgebot begleitet.

Die Demonstration richtete sich vor allem gegen den Irak-Krieg und gegen eine Eskalation im Iran-Konflikt. „Wir wollen Jobs, keine Bomben“, hieß es auf Transparenten. Fotos von US-Präsident George W. Bush mit der Überschrift „Terrorist Nummer eins“ wurden gezeigt. An einigen symbolträchtigen Orten wie der US-amerikanischen und der britischen Botschaft oder der Polizeizentrale kam es schließlich zu Auseinandersetzungen. Steine und einige Molotowcocktails flogen, ein Streifenwagen brannte aus, und die Fensterscheiben einiger Geschäfte gingen zu Bruch. Die Polizei setzte Tränengas ein. 30 Menschen wurden verhaftet.

Gegen das System

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hatte nicht zur Demonstration aufgerufen. Um jedoch ihre Kritik an den aus ihrer Sicht „systemtreuen“ Organisatoren sichtbar zu machen, hatte die ihr nahe stehende Gewerkschaftsfront PAME englischsprachige Plakate entlang der Route aufgehängt: „Den Kapitalismus verbessern? Unmöglich! Ihn stürzen? Unvermeidlich!“

Genau diese Fragen begleiteten auch viele der über 300 Seminare, Workshops und Diskussionsveranstaltungen des ESF: Fragen zur Perspektive sozialer Kämpfe und nach der Gesellschaftsform.

Etwa 30.000 AktivistInnen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien versammelten sich vier Tage lang fürs ESF in einem alten Olympiakomplex, der seit dem Ende der Spiele im August 2004 brachgelegen hatte. Nach den Foren in Florenz, Paris und London war die griechische Hauptstadt der vierte Gastgeber des europaweiten Vernetzungstreffens. Dabei fiel die Beteiligung aus England, Frankreich, Spanien und Deutschland geringer aus als in früheren Jahren. Zugleich waren wesentlich mehr Menschen aus der Türkei, den Balkanländern und natürlich auch aus Griechenland dabei. Die ehemalige Fechthalle diente als eine Art Marktplatz für Infostände von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sozialen Bewegungen und linken Parteien.

Bei den Diskussionen über Ansätze für den zukünftigen Widerstand gegen die neoliberale Umgestaltung Europas standen die Erfahrungen der erfolgreichen Bewegung gegen das französische CPE-Gesetz, mit seinem Frontalangriff auf den Kündigungsschutz, im Mittelpunkt. Eine Veranstaltung zum Thema „radikale Studentenbewegungen“ zog 300 Jugendliche an, wobei die Beiträge immer wieder durch Sprechchöre unterbrochen wurden: „Tous ensemble!“, „Grève Generale!“ – einig handeln bis zum Generalstreik, so die wichtigste Lehre aus Frankreich. Célia, eine Schülerin, meint dazu: *„Wir haben dabei viel über Demokratie gelernt. Gesetze werden nicht im Parlament ausgearbeitet. Deshalb müssen sie auch nicht im Parlament bekämpft werden.“*

Auf derselben Veranstaltung berichteten deutsche Gewerkschafter wie Heinz-Jürgen Hintzer von der NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) über den Anstieg der Arbeitskämpfe in der BRD und davon, daß der bevorstehende Ausstand bei Coca-Cola mit der internationalen Kampagne gegen den Brausehersteller, der in Kolumbien GewerkschaftsaktivistInnen von Paramilitärs ermorden läßt, verbunden werde. So könnten die Aktivitäten gegen den Cola-Konzern ein Beispiel für die notwendige enge Verbindung gewerkschaftlicher und sozialer Bewegungen und zugleich ein Beispiel für koordinierten Widerstand in den reichen Ländern und dem globalen Süden werden – eigentlich das zentrale Anliegen der Sozialforen.

Iran im Zentrum

Thematisch dominierte der drohende Krieg gegen den Iran eindeutig die Tage von Athen. Eine Podiumsdiskussion über den „Krieg gegen den Terrorismus und Menschenrechte“ platzte aus allen Nähten. Rhetorisch wirkungsvoll warnte dort der Autor Tariq Ali: *„Falls die USA bescheuert genug sind, den Iran zu besetzen, wird der Irak dagegen wie ein Picknick aussehen“*. Auch US-amerikanische Aktivisten wie der Sozialist Ahmed Shawki meinten, daß der Krieg im Irak drei Jahre nach dem „Mission accomplished“, der Erklärung des Kriegsendes durch Bush am 1. Mai 2003, für die USA verloren sei. Keines der wesentlichen Ziele der Angreifer konnte erreicht werden.

Dieses sei auf die Aktivitäten der wachsenden Antikriegsbewegung, vor allem aber auf den „heldenhaften Widerstand der irakischen Bevölkerung“ zurückzuführen. Aus dem Auditorium forderte eine Studentin aus den USA dazu auf, die bedeutenden amerikanischen Militärbasen in Europa, wie die in Ramstein, zu blockieren, um Militärschläge der US-Macht unmöglich zu machen.

Am Sonntag nach Ende des ESF beschloß die „Versammlung der sozialen Bewegungen“, den Widerstand gegen die Besatzung des Irak und den drohenden Krieg gegen den Iran mit einer weltweiten Protestwoche vom 23.-30. September zu koordinieren. Ebenso soll europaweit gegen den im nächsten Jahr in Deutschland stattfindenden G8-Gipfel mobilisiert werden.

Widerstand gegen Bush

Auch wenn die Medien überwiegend von den gewalttätigen Auseiandersetzungen am Rande der Demonstration berichteten, war das ESF hauptsächlich eine Gelegenheit für die Linke, sich europaweit zu vernetzen.

AktivistInnen von REVOLUTION aus verschiedenen Ländern haben am Forum teilgenommen und dafür argumentiert, dass die Zehntausende junge AktivistInnen auf dem Forum eine Stimme bekommen. Die Organisatoren (und die Rechnungsträger) waren vor allem sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften. Deshalb soll das Forum offiziell nur für unverbindliche Diskussionen da sein – doch die Aufrufe zu internationalen Protesttagen zeigen, dass das ESF Ansätze für die internationale Koordinierung des Widerstandes gegen Krieg und Sozialabbau bieten könnte.

Mit über 500 Veranstaltungen konnte das ESF oftmals überwältigend wirken. Eine französische Teilnehmerin meinte, sie fühle sich: *„Zusammengequetscht zwischen den esoterischen Faschisten, den nutzlosen Träumern und dem Supermarkt der Ideologien“*

Trotzdem bleibt das ESF – wie es auf einem der zahlreichen Flugblätter ausgedrückt wurde – *„trotz seiner Schwächen der einzige Rahmen für die Zusammenarbeit der europäischen Linken.“* Daran ändert auch das Tränengas von Athen nichts.

von Wladek aus Kreuzberg und Heike aus Athen



Opiumabhängige auf dem Schulhof!

Wer sind diese Leute, die Bibeln vor der Schule verteilen? Sollte man auf Gott vertrauen oder auf die eigene Kraft? Ein Flugblatt von REVOLUTION Bernau über Gideons, Opium und Demos

Habt ihr mitbekommen, dass letzte Woche hunderte Exemplare des Korans auf dem Schlulhof verteilt wurden? Nein? Diese Verteilung gab es ja auch nicht wirklich, so etwas wäre sofort unterbunden worden.

Aber Bibeln wurden verteilt – mit ausdrücklicher Befürwortung durch die Schulleitung. Obwohl die Trennung von Staat und Religion bereits im deutschen Grundgesetz festgelegt ist, darf die inoffizielle Staatsreligion an Schulen offensichtlich gefördert werden.

Diese Aktion stellt eine ungerechte Bevorteilung der christlichen Religion gegenüber den anderen Religionsgemeinschaften dar. Nun plädieren wir allerdings nicht für die Verteilung des Korans oder ähnlichem. Nein, wir sind der Meinung, dass derartiges Material, egal von welcher Religion, an Schulen nichts zu suchen hat. Schulhöfe dürfen nicht dazu missbraucht werden, religiöse Schriften zu verbreiten. Wer diese lesen will, kann das durchaus zu Hause tun. Besser ist es allerdings, seine Zeit sinnvoller zu nutzen.

Bereits Marx bezeichnete die Religion als „Opium des Volkes“ und diese Einschätzung trifft den Kern der Sache recht gut, denn Religion lehrt die Menschen, sich bei Ungerechtigkeit passiv zu verhalten. Religion ist eine Möglichkeit der Realität zu entfliehen und sich auf eine höhere Macht zu verlassen, anstatt die eigenen Belange selbst in die Hand zu nehmen.

Je ärmer du auf Erden lebst, desto besser wird es dir nach dem Tod gehen – das scheint das Motto *aller* religiösen Lehren zu sein. Ein schöneres Geschenk als diese Einstellung kann man den Herrschenden gar nicht machen, die andere Menschen ausbeuten, ihnen nur Hungerlöhne zahlen und selbst Milliardengewinne einstreichen. Völlig auf Widerstand zu verzichten, wie es die Religionen lehren, bedeutet, sich mit der Unterdrückung und Ausbeutung abzufinden.

Vielleicht kennt ihr auch Bilder aus Afrika. Dort verhungern Kinder mit dem Kreuz in der Hand. Auch diesen Menschen hat ihr religiöser Glaube nicht geholfen. Vielleicht hat ihr Glaube an Gott dazu geführt, dass sie ihr Elend besser ertrugen, aber es geht nicht darum, das Leiden so schmerzlos wie möglich zu machen. Nein, es geht darum die Armut zu beseitigen und dazu muss man selbst aktiv werden. Denn auf Gottes Hilfe warten diese Menschen seit Jahrhunderten. Vergeblich.

Die Organisation, die an unserer Schule Bibeln verteilte, trägt den Namen „Gideonbund“.

Diese weltweit organisierte Assoziation hat es sich zur Aufgabe gemacht, „Gottes Wort - die Bibel“ zu verbreiten. Da das ganze schon den Eindruck einer Sekte macht, ist es umso erstaunlicher, dass dieser Bund sogar mit Unterstützung der Schulleitung seine Propaganda bei uns und an vielen anderen Schulen im ganzen Land und rund um die Welt verteilen kann.

Wir von REVOLUTION wollen diese Bibeln nicht mehr sehen. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten sollten nicht auf Erlösung durch irgendeinen Gott warten, sondern selbst aktiv für eine Änderung der bestehenden Verhältnisse kämpfen.

Und auch ihr solltet euch nicht auf ein höhere Macht verlassen, denn *„es rettet uns kein höheres Wesen / Kein Gott noch Kaiser noch Tribun / Uns aus dem Elend zu erlösen / Können wir nur selber tun!“* (Die Internationale)

Du bist vielleicht auch von den Kürzungen der Regierung betroffen: wenn du studieren willst, musst du Gebühren zahlen; wenn du arbeitslos wirst, bekommst du Hartz IV und darfst keine eigene Wohnung haben; als SchülerIn musst du für die Schulbücher selbst zahlen.

Wenn du etwas gegen diese Kürzungen tun willst, könntest du die Bibel lesen und beten, dass es dir besser geht. Oder du kämpfst selbst für deine Interessen! Zum Beispiel am 3. Juni. Da gibt es eine Großdemo gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg in Berlin.

REVOLUTION Bernau (www.revo-bernau.de)

Trotz Trotzki

Wäre der Revolutionär Leo Trotzki auch in der WASG?

Wer Zeitung liesst oder Fernsehen guckt, hat in den letzten Monaten zwangsläufig etwas über den Streit innerhalb der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) mitbekommen.

Der Streit zwischen der Bundespartei und dem Berliner Landesverband – zwischen dem „Großen Vorsitzenden“ der Bundes-WASG, Oskar Lafontaine, und der „Vorzeigetrotzkistin“ der Berliner WASG, Lucy Redler – entfachte sich am Beschluss der BerlinerInnen, zur Abgeordnetenhauswahl im September 2006 gegen die PDS anzutreten. Entschieden wurde dies auf einem Berliner Parteitag – also durch eine demokratische Entscheidung in einer Partei, die sich die Demokratie dick in ihr Parteiprogramm und auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Allerdings kam es sofort nach dieser Entscheidung zu einer breiten Protestwelle seitens des Bundesvorstandes, anderen Teilen der WASG und auch der PDS, die alle eine für das Jahr 2007 angestrebte Vereinigung von PDS und WASG gefährdet sahen. Letztendlich wurde dann am 14. Mai 2006 der Berliner Landesvorstand durch den Bundesvorstand abgesetzt. D.h. der Vorstand einer Partei, die gegründet wurde, um eine Opposition zur unsozialen Politik der etablierten Parteien zu machen, revidierte eine demokratisch gefasste Entscheidung eines Landesverbandes.

Doch damit nicht genug: wer noch vor der Bundestagswahl die Hoffnung hatte, dass die „neue Linke“ aus PDS und WASG eine starke linke Opposition bilden würde, wurde eines Besseren belehrt. Denn in den vergangen Monaten beschränkte sich die Linksfraktion darauf, Untersuchungsausschüsse zusammen mit FDP und Grünen einzuberufen. Während PDS-Abgeordnete in Berlin, Dresden und unzähligen Kommunen Sozialwohnungen privatisierten, 1-Euro-Jobs einführten, usw., war die Linksfraktion kaum bemüht, eine breite Protestbewegung gegen diese neoliberale Politik aufzubauen. Auch die Errichtung eines „Büros für die außerparlamentarische Opposition“ hilft hier nicht weiter.

Alles in allem muss man feststellen, dass die WASG einen „Wir sind die guten Sozialdemokraten“-Stil fährt. Somit stellt sie keine Perspektive für revolutionäre Linke dar – in ihrem Programm ist nichts als Vorschläge, wie man den Kapitalismus etwas menschlicher gestalten könnte. Es kann uns nicht um die Reform des bestehenden Staates, es muss um dessen Zerschlagung gehen.



Trotzkisten vs. Trotzkisten

Ganz anderer Meinung sind da jedoch sowohl die Sozialistische Alternative (SAV) als auch Linksruck. Beide bezeichnen sich als revolutionäre Organisationen, die sich auf die Tradition von Leo Trotzki stützen. Allerdings unterscheidet sich ihre Politik von den sonst propagierten Idealen: Beide Organisationen stehen felsenfest hinter dem reformistischen Wunschkatalog des WASG-Parteiprogramms.

So ließ Lucia Schnell (Linksruck) kurz nach der Bundestagswahl verlauten, dass sie für eine rot-grüne Koalition mit Duldung der Linksfraktion sei, da man ja so praktische die Regierungspolitik diktieren könne. Auch die SAV möchte die Beteiligung an einer „linken Regierung“ nicht ausschliessen – die Frage ist nur, wie eine Regierung im bürgerlichen Staat „links“ sein könnte. Solche Positionen lassen die Erfahrung außer Acht, dass viele kommunistische Parteien, die mit dem Ziel, den Staat von oben zu verbessern, einer bürgerlichen Regierung beigetreten sind, letztendlich nur kapitalistische Politik betrieben haben.

RevolutionärInnen müssen erkennen, dass die WASG allenfalls eine Plattform darstellt, um eigene Positionen einer breiten Masse zugänglich zu machen.

Eine wichtige Position der revolutionären Bewegung war und ist die Notwendigkeit, den Staat der Kapitalisten zu zerschlagen. Bei den „revolutionären“ Gruppen in der WASG ist von diesem marxistischen Grundsatz keine Spur zu finden.

In einem Punkt gehen SAV und Linksruck jedoch auseinander: Während Linksruck sich für eine möglichst schnelle Fusion mit der PDS ausspricht, ist die SAV für einen eigenen Wahlantritt gegen die PDS in Berlin.

Perspektiven

Doch warum sind sozialistische Gruppen überhaupt in so einer Partei? Beide Vereine sind der Meinung, dass die Menschen in der WASG – im Moment ein fortschrittlicherer Teil der deutschen Arbeiterklasse –, nun schon mit der alten Partei des Reformismus gebrochen haben und damit praktisch nur einen Schritt von einer revolutionären Haltung entfernt sind

Zugegeben, die Gründung der WASG stellt ohne Frage eine Spaltung innerhalb des Reformismus dar – dieses Durcheinander im reformistischen Lager kann für RevolutionärInnen günstig sein sein. Mit Mitgliedern der WASG soll man zusammen diskutieren und kämpfen.

Aber soll man deswegen ausschliesslich in der WASG arbeiten? Prinzipiell spricht nichts dagegen – man kann ja auch in einer Kirchengemeinde für Sozialismus argumentieren. Doch es ist nicht gerade erfolgsversprechend, wenn junge KommunistInnen keine Jugendarbeit mehr machen, damit sie einen Verein alter SPDler ein Stück nach links rücken können.

Überhaupt sollte man nicht erwarten, dass die Menschen in der WASG von allein ganz mit dem Reformismus brechen. Vielmehr ist es Aufgabe von RevolutionärInnen, auf die Widersprüchlichkeit und Perspektivlosigkeit des Reformismus aufmerksam zu machen. Das kann man nicht, indem man innerhalb der WASG für eine etwas „linkere“ Version ihres reformistischen Programms plädiert.

Der alte Trotzki hat mal gesagt: *„Wer seinen Kommunismus vor den Massen versteckt, ist kein Kommunist.“* Wenn Trotzkisten sagen, sie würden „hinter dem Programm der WASG“ stehen – eigentlich müssten sie die entscheidensten GegenerInnen dieses Programms sein! –, dann begeben sie sich in dieses leicht durchschaubare Versteckspiel, das dem Trotzkismus einen so schlechten Ruf als Unterwanderer-Truppe gibt.

Aber „Trotzkismus“ ist nicht immer gleich „Trotzkismus“. Auch der Spitzenkandidat der PDS, Harald Wolf, versteht sich als „auf Trotzki bezogener Stalinismuskritiker“.

Wenn man Trotzki nur als „Sozialisten“ und „Stalinismuskritiker“ beschreibt, wird ihm dies nicht gerecht. Er war vor allem ein Revolutionär, der unermüdlich gegen jede Art von Reformismus gekämpft hat. *„Das Schwierigste und Wichtigste ist die Befreiung vom Einfluss der öffentlichen bürgerlichen Meinung.“* Zu dieser bürgerlichen Meinung gehört die Auffassung, dass ArbeiterInnen nicht bereit wären, revolutionäre Ideen zu verstehen.

von Antonio aus Tempelhof



„Wenn das Trotzkismus ist, dann bin ich kein Trotzkist“ – Leo Trotzki

Was ist eigentlich ein...

Generalstreik?

> ***Ich frage mich,***
> ***Was werden sie tun, wenn es groß wird,***
> ***Groß und unaufhaltsam,***
> ***Der Kampf für den Generalstreik...***
> ***Ich frage mich,***
> ***Was werden sie mit dem Streikzelt machen,***
> ***Die Bürokraten der Gewerkschaftszentrale,***
> ***Wenn sie den Streik nicht mehr stoppen können...***
>
> Las Manos de Filippi, www.lasmanos.com.ar

Die Massenproteste der letzten Monate in Nepal und Frankreich haben gezeigt, welche Kraft ein Generalstreik hat.

Nepals König Gyanendra hat jede Auflockerung seiner Diktatur abgelehnt, bis ein 16tägiger Generalstreik seine Hauptstadt lahm legte. Dann hat er das Parlament nach mehr als einem Jahr wieder einberufen. Genauso ging es dem Premierminister Frankreichs: de Villepin wollte nicht über die Rücknahme des Ersteinstellungsvertrages (CPE) diskutieren, bis drei eintägige Generalstreiks das Land erschüttert haben. Das Gesetz wurde umgehend zurückgenommen.

Massendemos, Blockaden und Besetzungen können den Forderungen der Massen Nachdruck verleihen. Aber erst wenn kein Zug mehr fährt, kein Fliessband mehr läuft, kein Laden mehr aufmacht – erst dann sind die Herrschenden bereit, auf jede Forderung einzugehen.

Denn erst während eines Generalstreiks wird die Kraft der gesamten Arbeiterklasse sichtbar. Milliarden von Lohnabhängigen schuften Tag für Tag, um die Weltwirtschaft am Laufen zu halten – aber das merkt man erst richtig, wenn sie damit aufhören. Denn die ArbeiterInnen haben mehr Kraft als alle Armeen der Welt, wenn sie ihre Arme kreuzen und nichts tun. Und wenn sie etwas tun, haben sie die nötige Kraft, um die ganze Gesellschaft zu ändern.

Anfänge

Die ersten Massenstreiks der Geschichte entflammten während der russischen Revolution im Jahr 1905. Wie bei den meisten Massenaufstände gab es einen recht lapidaren Auslöser: zwei Arbeiter in der Putilow-Fabrik wurden wegen ihrer Mitgliedschaft in einem legalen Arbeiterverein entlassen. Die Belegschaft trat in den Streik, und als den wirtschaftlichen Forderungen politische Forderungen hinzugefügt wurden – etwa nach Redefreiheit –, dehnte sich die Streikbewegung über die ganze Stadt aus. Eine Massendemonstration, die von einem Priester angeführt wurde, sollte ein Katalog von Reformforderungen an den Zaren übergeben. Auf diese Menge haben Soldaten geschossen und über tausend ArbeiterInnen getötet.

Für Forderungen, die sich auf einen Betrieb beziehen (wie Lohnerhöhung), reicht es oft, wenn ein Großteil der Belegschaft die Arbeit niederlegt. Aber vor 100 Jahren in Russland hat selbst die Forderung nach dem Recht auf Gewerkschaften die politische Ordnung, die Zarenherrschaft, in Frage gestellt. So konnte ein Streik zu einem Generalstreik und ein Generalstreik zu einem Arbeiteraufstand werden.

Schon am Vorabend der Revolution legte der junge Revolutionär Leo Trotzki einen Aktionsplan in diesem Sinne vor: *„Reisst die ArbeiterInnen weg von den Maschinen und Werkstätten; führt sie durch das Fabriktor und raus auf die Straße; führt sie in benachbarte Fabriken; ruft dort die Arbeitsniederlegung aus; und tragt neue Massen auf die Straße. Wenn ihr von Fabrik zu Fabrik geht, unterwegs wachst und jedes Hindernis der Polizei wegfegt, Passanten ansprecht und anzieht, die Straßen füllt, die ersten passenden Gebäude in Besitz nehmt, euch in den Gebäuden verschanzt und sie für ununterbrochene revolutionäre Versammlungen mit einem permanent wechselnden Publikum nutzt, so bringt ihr Ordnung in die Bewegung der Massen; so werdet ihr die Stadt in ein revolutionäres Lager verwandeln – das ist der Aktionsplan."*

Träumereien

Bis zu dem Zeitpunkt galt der Generalstreik als eine anarchistische Träumerei – die Vorstellung, dass man ohne systematische Organisierung den Kapitalismus mit einem Schlag abschaffen könnte, ist tatsächlich ein Traum. Theoretiker der Arbeiterbewegung dachten, die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften würden immer größere Schichten der Arbeiterklasse organisieren, bis sie friedlich die politische Macht übernehmen könnten. Doch zur Jahrhundertwende haben immer mehr marxistische Linke gesehen, dass die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems, das immer wieder imperialistische Kriege und Wirtschaftskrisen hervorbringt, eine solche Entwicklung unmöglich macht.

Durch den Generalstreik könnte sich eine Massenbewegung entwickeln die, die Gesellschaft umgestaltet. Darin erkannte Rosa Luxemburg einen großen Wert: Der Streik weckte *„zum ersten Mal Klassenbewusstsein in den Millionen und aber Millionen wie durch einen elektrischen Schlag"*. Damit der Masse *„plötzlich scharf und scheidend die Unerträglichkeit jenes sozialen und ökonomischen Daseins zum Bewusstsein kam, das sie Jahrzehnte in den Ketten des Kapitalismus geduldig ertrug. Es beginnt ein spontanes Rütteln und Zerren an diesen Ketten."*

Erst durch dieses politische Erwachen, das ein Massenstreik für die Mehrheit der ArbeiterInnen erst möglich macht, ist die Voraussetzung für eine revolutionäre Entwicklung geschaffen.

Aber ein spontaner Streik ist längst keine Revolution: um die Produktionsmittel zu übernehmen und zu verwalten, um den bürgerlichen Staatsapparat zu zersetzen und eine neue Macht der ArbeiterInnen aufzubauen, ist eine politische Organisierung notwendig, eine revolutionäre Organisation.

Erst aus den praktischen Kampferfahrungen des Generalstreiks können die Perspektiven der revolutionären Organisation für die gesamte Klasse greifbar werden.

Ablehnungen

Auch die reformistischen Gewerkschaftsführer in Deutschland, die den Generalstreik zunächst als „Generalunsinn" beschimpft haben, mussten einmal zu diesem Kampfmittel zurückgreifen. Als der reaktionäre General Kapp 1920 gegen die Weimarer Republik einen Putsch organisierte, konnte ein landesweiter Streik die Putschisten komplett aufhalten.

Auch die Machtübergabe an die Faschisten hätte möglicherweise durch einen Generalstreik verhindert werden können. Dass das gar nicht versucht wurde, lag einerseits an den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die sich mit der Nazidiktatur arrangieren wollten, anderseits an der ultralinken Politik der stalinistischen KPD, die bis nach dem Sieg der Faschisten jegliche gemeinsame Aktion mit den Sozialdemokraten ablehnte.

Seit über achtzig Jahren gab es keinen Generalstreik in Deutschland. Aber die Krise des Kapitalismus, die Sozialabbau erfordert, macht solche Massenstreiks nötiger denn je. Zum Beispiel soll bald in Deutschland den Kündigungsschutz aufgelockert werden (ähnlich wie das CPE-Gesetz in Frankreich). Wie die Erfahrung in Frankreich zeigt, ist das einzige Mittel, das diese Gesetze verhindern könnte, der Generalstreik.

Die Montagsdemos setzten ein Zeichen gegen HartzIV, jedoch mit Montagsstreiks wären die Hartz-Gesetze nie durchgekommen. Deshalb muss man die Gewerkschaftsführungen immer wieder zu solchen Aktionen auffordern.

Natürlich sind im heutigen Deutschland politische Streiks illegal – darauf verweisen die Gewerkschaftsführer, die sich penibel an die bürgerliche Legalität halten. Aber die Gewerkschaften selbst waren auch mal illegal. Jedes Recht der Arbeiterbewegung musste hart erkämpft werden – ein Recht auf Generalstreik bekommt man dadurch, dass man ein Generalstreik organisiert!

Die Herrschenden erlassen Gesetze gegen Streiks, denn ein unbefristeter Generalstreik stellt die Frage: wer kontrolliert die Gesellschaft? Wenn diese Machtfrage gestellt ist, kann sie auch von den ArbeiterInnen beantwortet werden.

Aus dem Streik wächst, so Rosa Luxemburg, *„eine gänzliche Unterwühlung des gesellschaftlichen Bodens, das Unterste muss nach oben, das Oberste nach unten gekehrt, die scheinbare ‚Ordnung' in ein Chaos und aus dem scheinbaren Chaos eine neue Ordnung umgeschaffen werden."*

von Huey aus Kreuzberg

Streik in der Provinzschule

Widerstand gegen geplante Schulschliessung in Eberswalde

„Bürgermeister – du mußt gehen! Unsere Schule bleibt bestehen!" Das Transparent hängt aus einem Fenster im 2. Stock in der Albert-Einstein-Oberschule in Eberswalde, nördlich von Berlin.

Seit Montag ist die Schule besetzt. 150 bis 200 Schüler verbringen Tag und Nacht in den Klassenzimmern, um die Eröffnung von zwei siebten Klassen im kommenden Schuljahr zu fordern. Dafür haben sich bislang nur 33 Schüler angemeldet, doch aufgrund einer Vorschrift des Brandenburger Bildungsministeriums muß es mindestens zwei Klassen mit je 20 Schülern geben, damit überhaupt siebte Klassen eingerichtet werden. Ohne siebte Klassenstufe steigt die Wahrscheinlichkeit, daß die Schule in den nächsten Jahren aufgelöst wird.

Statt normalen Schulbetriebs gibt es diese Woche „Alternativunterricht", bei dem die siebten bis neunten Klassen von Schülern aus der zehnten unterrichtet werden. „Man lernt nicht so viel wie im normalen Unterricht", sagt Dennis aus der Siebten, „aber es macht Spaß."

Dennoch nehmen rund zwei Drittel der 450 Schüler weiterhin am normalen Unterricht teil. „Es ist mir zu bunt", begründet einer seinen Streikbruch. Während die Schüler im Unterricht so gelangweilt gucken wie immer, haben die Streikenden viel zu tun. Stefani, die im vierköpfigen Streikkomitee arbeitet, erzählt nicht ohne Stolz, in den ersten vier Streiktagen nur sieben Stunden geschlafen zu haben.

Breite Unterstützung

Es war ein Buch, das die Schüler auf die Idee brachte. Der Philosoph Rainer Thiel hatte es über einen erfolgreichen Schülerstreik an der Oberschule Storkow im Jahr 2000 geschrieben, und ist letzte Woche zu einer Vorlesung nach Eberswalde gereist. Stephan, ein Aktivist des Storkower Streiks, tut auch einiges für die Organisation.

Der Sozialdiakon des Evangelischen Gemeindezentrums, Hartwin Schulz, mischt sich kräftig ein. Er war es, der vor zwei Wochen eine Demonstration für den Erhalt der Schule organisierte. Vor der Schule hielt er einen Gottesdienst „Gegen die Lüge der Politiker" ab – seine Kirchenvorgesetzten hatten versucht, diese Veranstaltung zu unterbinden.

Die Unterstützung ist groß. Im Gemeindezentrum wird Suppe gekocht. Ein Edeka-Markt spendet Mineralwasser. Ein Restaurant schenkt 20 Kilo Spaghetti. Senioren sammeln Unterschriften. Schüler vom benachbarten Gymnasium Finow organsisierten eine kleine Kundgebung. Den ganzen Tag telefonieren Schüler umher oder ziehen durch die Stadt, um Geld und Essen einzusammeln. Woher die große Zustimmung? Stefani aus der zehnten meint, es gehe nicht nur um die Schule, sondern um das ganze Brandenburgische Viertel. Die Plattenbausiedlung hat eine offizielle Arbeitslosenquote von



25 Prozent. Viele Einwohner befürchten, daß wenn die Schule dichtmacht, Bäcker schließen müssen, Buslinien wegfallen und die soziale Infrastrukur weiter ausgedünnt wird.

Deshalb sind auch die Aktivisten der Montagsdemos dabei. Am Montag, als der Streik losging, hatten sie mit demonstrativem Schwarzfahren gegen die Streichung des Sozialtickets protestiert. „Die Schüler haben uns natürlich die Show gestohlen!" sagt Albrecht Triller und lacht. Die Montagsdemo beschloß eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden.

Öffentliche Versammlung

Zur Streikversammlung am Donnerstag kam neben Hunderten Eltern und Schülern auch die Schulrätin des Landkreises. Die Schüler beharrten darauf, daß die Schulkonferenz öffentlich im Schulhof tagt.

Die Vorschrift, die eine Mindestzahl von 40 Schülern festschreibt, kann nur vom Minister ausgesetzt werden. Die Schüler hatten einen Forderungskatalog an das Ministerium in Potsdam geschickt, in dem es heißt: „Es ist für die Eröffnung von 7. Klassen nicht entscheidend, ob 40 oder 33 Schüler eine Anmeldung vorlegen".

Die Antwort des Ministeriums war knapp: „Wir werden mit den Schülern nicht verhandeln." Die anwesende Schulrätin darf nichts entscheiden. Und so muß der Streik fortgesetzt werden, bis ein Vertreter des Ministeriums erscheint.

Dabei hat diese Schule keinen Ruf als besondes links oder kämpferisch. Der Direktor hätte sich so eine Ak tion nie vorstellen können. Rolf Richter vom Stadtbildungsausschuß erklärt es so: „Mit der katastrophalen Bildungspolitik in Brandenburg mußte es dazu kommen, wo ist eher Zufall. Aber ich wäre als Schüler auch auf die Barrikaden gegangen".

Und so machen die „Barrikadenkämpfer", die vor einer Woche noch ganz normale Schüler waren, brav weiter. Abends um halb zehn müssen sie schlafen gehen, früh um halb acht wird geweckt. Aber an einen Abbruch der Besetzung denkt keiner. „Auch wenn es ein Jahr dauert", sagt Jule aus der Zehnten.

Leider musste der Besetzungsstreik nach zwei Wochen abgebrochen werden. Aber er hinterliess ein Zeichen, dass Jugendliche etwas gegen den Sozialabbau unternehmen können.

von Wladek aus Kreuzberg

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo - siehe Seite 2
info@onesolutionrevolution.de

Revo Bernau

Treffen: im Dosto - Termin erfragen
☛ www.revo-bernau.de.vu
bernau@onesolutionrevolution.de

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
wolfsburg@onesolutionrevolution.de

Revo BRD

kassel@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Revo Schweiz

☛ www.revo.ch.tc
revo_info@gmx.ch

Revo Weltweit

CZ ☛ revo.revoluce.info
UK ☛ www.worldrevolution.org.uk
SE ☛ www.revolution.se
AT ☛ www.revolution-austria.at
IN ☛ revoindonesia.blogspot.com
AU ☛ www.onesolutionrevolution.org

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

Der Weg zur Revolution

Manifest der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION
A5-Broschüre, 24 Seiten, 1 Euro

Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.
A5-Broschüre, 8 Seiten, 0,50 Euro

Forum

Willst du die Ideen in dieser Zeitung diskutieren?
Dann besuche das Revo-Forum:
☛ www.onesolutionrevolution.de/forum



Zeitung der Jugendgruppe
Konterrevolution

Chaoten mucken wieder auf!



Migranten-Chaoten glauben, sie hätten was zu sagen!

Am 1. Mai In den USA haben Migranten, überwiegend aus Lateinamerika, mit viel Gewalt und Integrationsunwillen einen Streik abgehalten!

Sie beschweren sich über das neue Immigrationsgesetz, das es verbietet, Migranten irgendwie zu helfen. Aber wer illegal in ein Land reist, verdient doch keine Gesundheitsversorgung, Essen, Kleidung oder sonstige Hilfe!

In allen Städten Amerikas gab es dazu Aktionen, jedoch nicht nur von den Migranten. Da haben sich auch noch Schüler und Studenten und solche Politchaoten dazugesellt!

Aber dieser „Streik" war ziemlich bedeutungslos. Es gab Demonstrationen mit einigen Duzend Teilnehmern (manche linksradikale Quellen behaupten, es wären mehrere Millionen!). Aber weil Migranten für die Wirtschaft so unbedeutend sind, konnte der Streik nicht funktionieren.

Am gleichen Tag war der Betrieb im Hafen von Los Angeles, in Fleischfabriken im mittleren Westen und in 95% der Läden in der Bostoner Innenstadt lahmgelegt. Der Grund für den Produktionsausfall ist bisher unbekannt.

Man kann nur hoffen, dass Migranten in Deutschland nicht auf so eine Idee kommen.

von Kadelw, BLÖD



Neulich wieder am ersten Mai. Wie jedes Jahr das gleiche Bild. Hirnlose Krawallmacher liefern sich, dieses Jahr in Rostock, Leipzig und natürlich Berlin, Prügeleien mit der Polizei und beschädigen Eigentum. Vorwiegend waren das natürlich Jugendliche.

Warum, fragt sich doch da der gute Bürger. Die jungen Leute haben doch viel mehr Freizeit als wir damals, mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit. Dann heulen die am besten noch rum von wegen „Perspektivlosigkeit" und „Prekarität". Sind wir denn hier in Frankreich? Ich jedenfalls hoffe nicht!

Die Chaoten regen sich da auf, nur weil ein Paar patriotische deutsche Jungs eine Demonstration abhalten wollen. Naja zum Glück haben wir ja noch den *Rechts*staat.

Der hat dann auch einige der Chaoten in Rostock eingekesselt, ähh ich meine natürlich „vorrübergehend ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt". Da reden ja einige Zeitungen schon von 400 Leuten, obwohl die Krawallmacher selbst sagen das waren mehrere Tausend. Da schrauben wir das Maß doch mal nach unten und behaupten einfach da waren vielleicht 100. Nachprüfen tun Journalisten ohnehin kaum.

Der DGB wird mir ja auch zunehmend Suspekt. Da hat eine Gewerkschaft in Rostock die Chaoten auf ihre eigene Demo eingeladen! Man stelle sich vor, die Chaoten kriegen mal die Gewerkschaften in ihre Hand. Und die streiken dann gegen diesen „Prekarität" Quatsch.

Das gäbe ja dann Zustände wie am 1. Mai in Leipzig. Da haben es ja tatsächlich ziemlich entschlossene Chaoten hingekriegt, eine ganz legale Demonstration nicht nur zu stoppen, sondern auch noch anzugreifen! Skandalös nenn ich das! Dort und auch in Berlin wurden dann auch heldenhafte Polizisten in ihrem selbstlosen und vollkommen kontrollierten und gezügelten Einsatz staatlicher Gewalt verletzt.

Also ich persönlich mache mir jetzt schon Sorgen wie das 2007 in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern aussehen wird, wenn noch mehr Chaoten hinkommen, die so entschlossen handeln wie die Leute dieses Jahr am 1. Mai. Zum Glück konnten die 7.000 Polizisten, die die NPD-Demo in Rostock schützen mussten, für die Proteste gegen den G8-Gipfel nächstes Jahr üben.

Ein noch grausigeres Bild tut sich mir auf, wenn ich darüber nachdenke, wie sich die Krawallos, die hier schon genügend Ärger machen, mit welchen aus anderen Ländern zusammentun, quasi international organisieren und vernetzen.

Aber darüber wollen wir gar nicht erst nachdenken. Ich jedenfalls bin froh, dass dieser Tag wieder geschafft ist und, dass normale rechtschaffene Bürger wie ich sich nicht mehr mit diesen äusserst unbequemen Störern auseinandersetzen müssen.

von lamod, BLÖD-Reaktion-Redaktion

Chaoten wollen unsere WM nicht! Seiten 4-6

Chaoten randalieren in Griechenland bei Chaotentreffen! Seite 7

Chaoten trinken keine Cola mehr! Seite 6